

Schriftlicher Beitrag von Heinz Stehr für die Bezirksmitgliederversammlung S-H am 23.01.2016
(Die Mitgliederversammlung wurde aus Witterungsgründen kurzfristig abgesagt)

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zur Bewertung des ersten Teils des 21. Parteitages und zur Rechenschaft als Delegierter will ich informieren und meine Sicht der Ergebnisse darstellen.

Die DKP Gruppe Elmshorn hat lange vor dem Parteitag den Leitantrag diskutiert und herausgearbeitet, warum er aus unserer Sicht nicht den politischen Herausforderungen dieser Zeit entspricht. Darüber hinaus haben wir über die Gruppe, den Kreis und den Bezirk zwei Anträge an den Parteitag gestellt. Beide wurden nach Diskussion und Überarbeitung zur Antragstellung an den Parteitag vom Bezirksvorstand beschlossen.

Das waren:

1. Zur Solidarität mit der Bevölkerung Griechenlands
2. Zur Beibehaltung unserer Mitgliedschaft als beobachtende Partei in der EL

Der erste Antrag wurde durch die Beschlussfassung des ersten Teils des Parteitages abgelehnt, der zweite wird am 2. Tag des 21. Parteitages nach dem Votum der Antragskommission ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Während des Parteitages habe ich mich zur Diskussion nach dem Referat des Vorsitzenden gemeldet, das Wort wurde mir nicht erteilt. Nach meiner Intervention wurde der Beitrag bei „DKP - info“ veröffentlicht.

In der Debatte um die Begrifflichkeit M/L Partei habe ich meine Ablehnung dieser Veränderung der DKP begründet. Auch das ist veröffentlicht.

Ich sprach in der Personaldiskussion zur Wahl Uwe Fritschs als Betriebsratsvorsitzender bei VW in den PV. Er bekam mit 93 Stimmen gerade so viel, um äußerst knapp in den PV gewählt zu werden.

Aus meiner Sicht eine nicht nachvollziehbare Wahlentscheidung für einen profilierten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär der viel zum Ansehen unserer Partei im Betrieb und in der IG Metall beigetragen hat. Die ablehnende Begründung zu Uwes Kandidatur durch Genossen Florian Habekost aus Kiel war politisch nicht hinnehmbar, sie war arrogant und unsolidarisch. Soweit meine persönliche Rechenschaft, auch um nachzuweisen, dass es mir darum ging, konstruktiv kritisch den Parteitag mitzugestalten.

Bewertung einiger wesentlichen Ergebnisse.

Zunächst zur Frage: Hat der Parteitag mit seinen Ergebnissen in in dieser Situation der tiefgreifenden politischen Umbrüche notwendige Antworten erarbeitet?

Aus meiner Sicht fehlten Analysen und Schlussfolgerungen zu wichtigen Aufgabenfeldern kommunistischer Politik. Oder sie waren zu kurz schlüssig und zu wenig stimmig.

Zum Beispiel:

- zu der Tatsache, dass die Lebensumstände großer Teile der Weltbevölkerung menschenverachtend sind, vor allem dies führt zum Aufbrechen von Widersprüchen in bisher nicht gekanntem Umfang und zu gravierenden Folgen für die politischen Verhältnisse, konkret z.B. zu 60 Millionen Flüchtlingen.
- Soziale Lebensumstände - Armut, Hunger, Obdachlosigkeit, keine oder nicht ausreichende medizinische Versorgung, keine oder mangelhafte Bildung - prägen Lebensverhältnisse in dieser imperialistischen kapitalistischen Weltordnung.
- Ökologische Katastrophen verschlechtern die Lebenssituation und bedrohen die Existenz von Millionen von Menschen und der Natur.
- Kriege, militärische Konflikte und Terror in seit 1945 nicht gekanntem Ausmaß vernichten Leben, Lebensbedingungen, Freiheit, Würde der Menschen und materiell unschätzbare Werte.
- Wir erleben die Zerstörung bisheriger Lebensverhältnisse, die Entwurzelung von Teilen der Menschheit auch durch politisch zu verantwortende ökologische Katastrophen.
- Und das alles bei gleichzeitigem, oft perverserem Reichtum und Verschwendungen von Ressourcen und materiellen Werten, vor allem durch die politische und ökonomische Macht der transnationalen Großbourgeoisie. Auch das schafft neue Spannungen und Konflikte.
- Religionen, kulturelle und politische Identitäten werden pervertiert oder auch missbraucht zum schüren von Konflikten, um reaktionäre Ziele durchzusetzen.
- Die Spannungen zwischen den ökonomisch und militärisch starken Staaten und Staatenblöcken wie z. B. der EU und dem Rest der Welt nehmen zu, eskalieren teilweise und führen zu Konflikten bis hin zu Kriegen mit zunehmender internationaler Dimension.

Die daraus entstehenden Konflikte werden die politischen Rahmenbedingungen der nächsten Zeit prägen.

- Wir befinden uns in der Situation, mit sich zuspitzenden Gefahren für die Existenz von Mensch und Natur, zunächst wirkt dies in einigen Regionen dieser Erde, aber die Folgen wie Kriege, Naturkatastrophen nicht mehr vorhandene ausreichende Lebensbedingungen wirken auch im Weltmaßstab. Entsprechende Aussagen unseres Parteiprogramms sind heute viel konkreter nachvollziehbar als 2006, als wir das Programm beschlossen haben.
- Die BRD ist auch im Rahmen der EU und der NATO, aber auch im Bündnis mit den anderen imperialistischen Zentren (USA und Japan) ein entscheidender Faktor für die Zuspitzung der genannten Konflikte und Kriege. Das Land in dem wir leben und politisch wirken hat insofern nicht nur Bedeutung für die hier lebende Bevölkerung sondern auch für internationale Entwicklungen.
- Das führt auch zu Schlussfolgerungen für unsere Verantwortung als Kommunistinnen und Kommunisten im Land und international. Wir müssen in einem vermutlich noch langen Prozess das Kräfte -verhältnis zugunsten der Interessen der Arbeiterklasse und mit ihr verbündeter Schichten verändern. Wenn wir unseren Beitrag nicht konsequent leisten, machen wir uns der Mitverantwortung für aktuelle und mögliche nächste Katastrophen schuldig.

Auch dies sind Kriterien zur Bewertung der Ergebnisse dieses Parteitages.

Daraus entwickeln sich die Verantwortungen und Aufgaben dieser Zeit. Daraus müssen wir auch unsere Aufgaben und Ziele ableiten.

Eine wesentliche Orientierung unseres Parteiprogramms ist z.B. das es nur in breiten Bewegungen und Bündnissen mit dem Kern der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gelingen kann, diese Gefahren zu stoppen und die Entwicklung umzukehren.

Zunächst geht es vor allem um Widerstand gegen die umfassende Rechtsentwicklung in diesem weltpolitisch so wichtigem Land. Mehrheitsmeinungen müssen durchsetzungsfähig werden, wie z.B., dass 2/3 eine Kriegsbeteiligung in Syrien ablehnen und ebenfalls 2/3 die gesellschaftlichen Verhältnisse als ungerecht empfinden. Mehrheiten sind gegen TTIP, CETA oder wie in Hamburg gegen die Olympia – Bewerbung. Es ist auch ein Kampf um Demokratie, dass Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung Maßstab für politische Entscheidungen der Regierungspolitik werden müssen.

Diese Herausforderungen verlangen von uns, kreativ und prinzipienfest unsere Programmatik und Politik anzuwenden und weiterzuentwickeln.

Bei allem Handeln und in unserem Denken dürfen wir eine tragende Erkenntnis niemals vergessen: Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte, aber er kann auch zu noch umfassenderen Katastrophen führen, wenn keine Alternativen durchgesetzt werden.

Was stand im Mittelpunkt des Parteitages?

Einen großen Teil der Diskussionszeit beanspruchte die Frage, ob sich die DKP zukünftig als marxistisch / leninistische Partei definieren soll und was das bedeutet. Aus meiner Sicht unterstreicht dieses Ergebnis die Feststellung: das Hauptanliegen der Mehrheit des PV war die Veränderung der DKP in ihrer politischen und organisatorischen Verfaßtheit. Dass dies keine Nebenfrage ist, beweist die Diskussion und die Tatsache, dass immerhin 61 von 170 Delegierten dagegen stimmten.

Weitere kurz genannte Beispiele zum Beleg für meine Einschätzung:

- Der Charakter und die Aufgabe der DKP in Bewegungen und auch in den Gewerkschaften werden faktisch mit dem Anspruch einer elitären Avantgarde definiert. Nach den Kongressen von IG Metall und verdi. ist eine stärkere antikapitalistische Orientierung in Teilen der Gewerkschaften erkennbar. Daran gilt es anzuknüpfen. Es ist ein politischer Fehler, dass die DKP während dieser Kongresse erstmalig keinen Parteienabend gestaltete.
- Die verschiedenen Bewegungen und Bündnisse müssen in der Definition des Leitantrages Antikapitalismus als Voraussetzung einer erfolgreichen Tätigkeit akzeptieren, z.B. in der Friedens- und die Antifabewegung.
- Die Kritik am Kapitalismus des transnationalen Kapitals fehlt oder ist unterbelichtet, wie bei der Analyse und der Orientierung des international vernetzten Kampfes gegen TTIP und CETA.
- Der Internationalismus als Instrumentarium des Kampfes und für ökonomische und politische Zukunftslösungen ist aus meiner Sicht nicht auf der Höhe des Parteiprogramms. Wie kann man sich sonst einen solchen politischen Fehler erklären: „BRD raus aus der EU“ ist jetzt beschlossene Politik, im Gegensatz zum Programm! Was gilt denn nun als politische Orientierung, das Programm oder der Parteitagsbeschluss? Auf der nationalen Ebene werden beim jetzigen Kräfteverhältnis die gravierenden Probleme nicht einfacher zu lösen sein- Im Gegenteil es kommen neue gravierende hinzu. Die Internationalisierung der Produktivkräfte und auch der Produktionsverhältnisse sind ein objektiver Prozess. Entscheidend ist welche Inhalte und welche Klassenkräfte diese Verhältnisse bestimmen.

- Der Kampf um Reformen und Etappenziele auf dem Weg zum Sozialismus wird zumindest bezweifelt oder aber ganz in Frage gestellt. Aber wie wollen wir Mehrheiten für den zukünftigen Kampf für Sozialismus schaffen? Schon im Manifest der kommunistischen Partei ist die Notwendigkeit des Kampfes um progressive Reformen in einem Abschnitt dieses Programms als Voraussetzung für einen erfolgreichen revolutionären Kampf beschrieben
- Ist der Austritt aus der EU, den auch die NPD fordert, eine Lösung, oder verschärft er nicht die Probleme? Warum nicht für Veränderungen in der EU wie im Rahmen der BRD in breiten Bewegungen kämpfen? Die DKP hat die verfasste kapitalistisch-imperialistische Ordnung nie akzeptiert. Unser Ziel muss es sein die EU im Sinne progressiver Politik zu verändern mit der Perspektive auch im europäischen Maßstab anti monopolistische und sozialistische Verhältnisse durchzusetzen. Entscheidend hierfür ist die Veränderung des Kräfteverhältnisses im Land aber auch EU- und europaweit.
- Was soll der immer währende Versuch bewirken, Stalin zu rehabilitieren? Soll damit letztendlich die Weichenstellung für ein deutlich akzentuiertes Statut in Richtung Zentralismus und für ein Programm mit dem Ziel der „Diktatur des Proletariats“ geschaffen werden? Die Stalindebatte widerspricht unseren Programmaussagen. Was gilt jetzt in der Öffentlichkeit als DKP Position?
- Warum widerspricht die Parteiführung nicht dem Leiter der KL - Schule, wenn er Genossinnen und Genossen die Positionen auf der Grundlage des Programms und Statuts vertreten auffordert, die DKP zu verlassen?

Wegen der zahlreichen Widersprüche auch zum Programm war der Leitantrag aus meiner Sicht nicht beschlussbar, leider wurde der Antrag des Bezirks Saarland zur weiteren Diskussion des Leitantrags ohne Beschlussfassung nicht diskutiert, er wurde abgelehnt. Ich frage: Wie können Delegierte auch aus Schleswig- Holstein dem Leitantrag zustimmen, wenn dort politische Aussagen im Gegensatz zum Programm stehen? Ich frage die Delegierten, warum habt ihr zugestimmt?

Es gab während des Parteitages keine Signale zu notwendigen zukunftsweisenden gemeinsamen , wo notwendig, auch kontroversen politischen Diskussionen in der DKP, aber viel Ausgrenzung, Häme und auch Hass. Wir müssen zurückkehren zu innerparteilichen Demokratie und zu Respekt und Achtung voreinander. Der Parteivorstand und die Vorsitzenden müssen jetzt solche Signale öffentlich machen, sonst wird die DKP weiter geschwächt werden, auch leider durch Austritte! Auch um konstruktive Alternativen zu entwickeln trafen sich Mitglieder aus vielen Bundesländern in Hannoversch Münden und diskutierten politische Alternativen auf der Grundlage des Programms und Statuts. Die Referate und Arbeitsergebnisse wurden veröffentlicht. Sie sind auch ein Angebot zur Diskussion und eine Möglichkeit für DKP Mitglieder zum solidarischen kollektiven Meinungsaustausch, auch um zu verhindern, dass noch mehr Genossinnen und Genossen die Partei verlassen. Es entstand ein Netzwerk kommunistischer Politik, das als Zukunftswerkstatt arbeitet und weiterarbeiten wird

Das personelle Konzept

Robert Steigerwald forderte auf dem 19. Parteitag von uns die Pluralität in der Besetzung der Leitungen, auch im Sekretariat des Parteivorstandes. Das wurde von den Vertretern der der jetzigen PV- Mehrheit vehement eingefordert und so wurde gewählt.

Die Realität jetzt ist eine andere, das gewählte Sekretariat repräsentiert eine Meinungsströmung. Auch bei den Wahlen zum Parteivorstand wurden politisch profilierte Genossen wie Detlef Fricke oder Thomas Hagenhofer wegen ihren kritischen Positionen nicht gewählt. Insgesamt wurde ein PV gewählt, in dem die Positionen, die auch ich vertrete, kaum noch vorhanden sind. Mit Hans Peter Brenner wurde erneut ein stellvertretender Parteivorsitzender gewählt, den Nina Hager Chefredakteurin der UZ in der Personaldebatte aus vielen politischen Gründen als nicht wählbar charakterisierte.

Die politischen Kriterien für eine Wahl in zentrale Leitungsgremien wurden zugunsten von Positionierungen in der Parteiauseinandersetzung zum Maßstab von Wahlentscheidungen. Die Folge davon können zunehmende Defizite in der Politikfähigkeit der DKP sein. Nicht die politischen Qualitäten, die praktischen Beweise für die Führungsqualitäten und die Integrationsfähigkeit bestimmten die Wahl, sondern die Meinungsströmung war wesentliches Kriterium. Das zeigte vor allem die knappe Wahl von Uwe Fritsch.

Zum Abschluss

Der erste Teil des Parteitages hat auch Beschlüsse gefasst, die schon bald zu Zerreißproben führen können.

So wurde z.B. ohne nennenswerte Parteidiskussion die bundesweite Beteiligung zu den Bundestagswahlen 2017 beschlossen. Es wurden kaum Argumente für die Kandidatur benannt, keine politischen Forderungen zu den Wahlaussagen der DKP entwickelt, nichts zum Umfeld der Wahlsituation gesagt. Politisch notwendige Gespräche mit der Partei „Die Linke“ werden offensichtlich nicht für notwendig erachtet. Was wird nun passieren, wenn Gliederungen der DKP in Bundesländern oder vor Ort diese Orientierung für politisch falsch erachten und den kaum diskutierten Beschluss nicht umsetzen?

Eine andere spannungsreiche Frage ist die Gestaltung des Pressefestes. Es gab keine Aussagen, dass, anders als beim letzten Mal, selbstverständlich auch die Marxistische Linke einen Stand auf dem Pressefest gestalten kann.

Eher nach dem Parteitag wurde öffentlich das eine eine Statutenkommission benannt wurde, ohne dass über deren Aufgaben und Ziele während des Parteitages informiert und diskutiert wurde. Bei den politischen Mehrheiten muss man davon ausgehen, dass wichtige Inhalte zur innerparteilichen Demokratie verändert oder ganz abgeschaffen werden sollen, wie z. B. Im Artikel 2 Zitat: „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben.“

Ich erinnere daran, dass wir das Statut nach den Erfahrungen bis 1990, in der Zeit zwischen 1990 bis 1996 entwickelt haben und es zunächst probeweise eingeführt hatten um es auf dem Parteitag 1996 mit großer Mehrheit zu beschließen.

Auch ich wünsche mir gerade jetzt eine politikfähige, optimistische, solidarische DKP. Sie ist notwendiger denn je. Eine Partei in der bisherigen programmatischen und statuarischen Verfaßtheit ist unverzichtbar und für mich alternativlos!

Ich hoffe, wir finden diesen Weg wieder! Auch weil wir international eine große Verantwortung haben!

Heinz Stehr